

# Neue Bedrohung

## Staatszerfall als globales Sicherheitsrisiko

von Stephan Bierling

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben deutlich gemacht, dass der Zerfall von Staaten ein Problem darstellt, das Sicherheit und Wohlstand anderer Gesellschaften ernsthaft bedroht. So erlaubte erst das Fehlen einer legitimen staatlichen Autorität den Taliban im Verbund mit Al Khaïda, Afghanistan zu übernehmen und zu einem Hort der islamistischen Tyrannei und zu einem Stützpunkt des fundamentalistischen Terrors auszubauen. Afghanistan ist jedoch kein Einzelfall. Obwohl die Zahl der Nationalstaaten mit 193 UN-Mitgliedern heute einen Höhepunkt erreicht hat – 1950 gab es nur 69 –, erleben wir gleichzeitig, dass immer mehr Länder die Merkmale souveräner Staatlichkeit verlieren, ja vom Zerfall bedroht sind bzw. zerfallen.

Damit sehen sich meist nicht nur die Nachbarn, sondern auch die Staaten des Westens großen Herausforderungen gegenüber. So hätte am Ende des Kalten Krieges wohl niemand vorhergesagt, dass deutsche Soldaten in den folgenden 13 Jahren an Stabilisierungs- und Wiederaufbau-einsätzen in Kambodscha, Somalia, Bosnien, Kosovo, Afghanistan und in-

direkt in Kongo beteiligt sein würden – alles Staaten, die zerfielen oder vom Zerfall bedroht waren. Das Phänomen des Staatszerfalls untergräbt schließlich auch die traditionelle Herangehensweise an internationale Politik und macht den Begriff „international“ unbrauchbar, weil wir es mit Clans, Warlords, Rebellengruppen, marodierenden Banden, Kindersoldaten, religiösen Fanatikern und Terrorzellen zu tun haben.

Das vom Präsidenten der World Peace Foundation, Robert I. *Rotberg*, herausgegebene Buch „State Failure and State Weakness in a Time of Terror“ ist deshalb an Brisanz kaum zu übertreiben. Es entstand aus einem bereits 1998 an der Harvard University begonnenen Projekt zur Untersuchung der Ursachen von Staatsversagen und Staatszerfall.

Das Buch beginnt mit einer nützlichen Unterscheidung zwischen schwachen, gescheiterten und kollabierten Staaten. „Schwach“ ist ein Staat dann, wenn er die grundlegenden Funktionen wie die Gewährleistung von äußerer und innerer Sicherheit oder zentraler sozialer Dienste wie Ausbildung oder Gesundheitsversorgung nur eingeschränkt oder in immer geringerem Maße sicherstellen



Immer mehr Länder verlieren die Merkmale souveräner Staaten.

kann. „Gescheiterte“ Staaten kennzeichnet in der Regel das völlige Versagen, diese Funktionen des modernen Nationalstaats zu erfüllen. Symptome sind der Ausbruch von langanhaltenden Bürgerkriegen, die Unfähigkeit, die Grenzen zu schützen und die Ausbeutung der Bürger durch eine herrschende Kaste. Als „kollabiert“ definiert *Rotberg* schließlich eine seltene und extreme Form von gescheiterten Staaten, in denen jede Form öffentlicher Ordnung zusammengebrochen ist und in denen die Regeln des Dschungels gelten. Als Beispiele für Staatskollaps nennt er Somalia in den späten achtziger Jahren, Bosnien, Libanon, Afghanistan in den frühen neunziger sowie Nigeria und Sierra Leone in den späten neunziger Jahren.

Es folgen elf Fallstudien, die gescheiterte und kollabierte Staaten (Kongo, Sierra Leone, Sudan, Somalia), stärker gefährdete schwache Staaten (Kolumbien, Indonesien, Sri Lanka, Tadschikistan) und weniger gefährdete schwache Staaten (Fidschi, Haiti, Libanon) nach identischen Kriterien untersuchen. Da die Länder von ausgewiesenen Spezialisten analysiert werden und alle Einzelstudien einem ähnlichen Schema folgen, ist der Erkenntnisgewinn beträchtlich.

Kongo und Sierra Leone stellen dabei ohne Zweifel die schrecklichsten Beispiele für einen Staatskollaps dar. Ursache war in beiden Fällen die systematische Zerstörung der staatlichen Strukturen durch die jeweiligen langjährigen Despoten (*Mobutu Sese Seko* und *Siaka Stevens*). Beide machten sich den Staat zur

Beute und sicherten ihre Herrschaft durch ein System der Pfründeübergabe ab. Als ausländische Unterstützungsgelder versiegten, schufen beide durch die Aushöhlung bestehender Institutionen Bedingungen, durch die sie Sicherheit und Dienstleistungen privat zur Verfügung stellen und für Geld oder Gefolgschaft verkaufen konnten. Beide sahen den modernen Staat als Feind ihrer persönlichen Macht- und Raffgier. Als das Zerstörungswerk gelungen war, griffen Rebellengruppen, meist beruhend auf Clan- bzw. Stammesbasis, nach der Macht und damit der Möglichkeit, die Reichtümer des Landes für sich selbst zu nutzen. Unterstützt wurden sie von ausländischen Diktatoren, die sich ihren Teil bei der Ausbeutung der Bodenschätze sichern wollten. In Kongo standen bzw. stehen unter anderem Truppen aus Ruanda, Uganda, Angola und Simbabwe.

Was kann getan werden, um Staatszerfall und -kollaps zu verhindern, ihnen wenigstens entgegenzuwirken? Die Autoren lassen keinen Zweifel daran, dass in den extremsten Fällen auch ein ausländischer Militäreinsatz erwogen werden muss. In Sierra Leone etwa gelang es westafrikanischen Friedenstruppen, britischen Fallschirmjägern und einem großen UN-Blauhelmkontingent, das Land zumindest auf den Weg vom kollabierten zum gescheiterten Staat zurückzubringen. In Liberia laufen zurzeit ähnliche Bemühungen, ebenso in Kongo. Ob die Kraft und der Wille der Weltgemeinschaft, allen voran der Amerikaner und Europäer, allerdings ausreichen, um Grundlegendes zu

verändern, bleibt angesichts der Dimension der Probleme zweifelhaft. Dabei tragen die Europäer, vor allem die Briten, Franzosen, Portugiesen und Belgier, aber auch die Deutschen, durch ihre Kolonialpolitik entscheidende Mitschuld daran, dass in Afrika Verwaltungsgebilde entstanden und Strukturen geschaffen wurden, die den Aufbau funktionierender Staaten dramatisch erschwerten. Auch haben die Sowjetunion und die USA während des Kalten Krieges Diktatoren unterstützt, die an modernen Staatswesen mit funktionierenden Institutionen und an der Beachtung fundamentaler politischer Spielregeln kein Interesse hatten.

Allerdings ist die Lage nicht hoffnungslos. Staaten zerfallen, weil inländische Gruppen und ausländische Parteien dies so wollen. Anhand Libanons, Tadschikistans, mit Abstrichen auch Somalias, zeigen die Autoren, dass kollabierte Staaten durchaus stabilisiert und langsam wieder aufgebaut werden können. Nur zu hoffen, Konflikte würden sich schon irgendwann ausbluten, sei zu wenig, konstataren die Länderspezialisten. Das beherzte, mit großen Ressourcen erfolgende Mitwirken von Vereinten Nationen, internationaler Gemeinschaft und legitimierten Staaten ist erforderlich, um Staaten zurückzuholen und ihren Absturz zu verhindern.

*Rotberg* und seinen Mitautoren gelingt es in ihrem Sammelband nicht nur, den Leser systematisch an das Problem des Staatszerfalls heranzuführen und ihm die Bedeutung des Problems für das 21. Jahrhundert plausibel zu machen. Vielmehr sind

die Fallstudien glänzend aufbereitet, so dass sich auch der interessierte Laie, der zum Beispiel die Schwierigkeiten Fidschis oder Sri Lankas nur aus der Zeitung kennt, rasch an den einzelnen Länderstudien festliest. Auch wenn die Lektüre einen eher pessimistisch stimmen mag, ist das Buch uneingeschränkt zu empfehlen.

Robert I. Rotberg (Hrsg.), *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*, Washington, D.C.: World Peace Foundation/Brookings Institution 2003, 354 S., 24,95 \$.

## Neue Sicherheitsarchitektur

DIRK NABERS

Harald Müller, *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag 2003, 288 S., 12,90 EUR.

Der 11. September 2001 hat die Weltordnung nicht grundlegend verändert. Schon vorher waren die USA die einzige Supermacht. Sie verfügten ob der überragenden Stärke ihres Militärs, der globalen Reichweite ihrer Sicherheitsdienste und nicht zuletzt als größte Volkswirtschaft der Welt über das gesamte Spektrum weltweit wirkender Machtressourcen. Ungefähr so lässt sich die Ausgangsthese des neuen Buches von Harald Müller zusammenfassen. Der Vorstand der renommierten Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ist wie kaum ein anderer in der Bundesrepublik dazu in der Lage, die Kennzeichen der internationalen Sicherheitsarchitektur zu markieren. Es sind die Fragen, die die Diskussion über die Strukturen der

internationalen Politik seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion antreiben, an denen sich seine Analyse orientiert: Wie lässt sich die „neue Weltordnung“ kennzeichnen? Und welche Rolle kommt dabei den USA zu? Welche Position nimmt die EU im internationalen System ein? Wie ist das Verhältnis zwischen dem „Westen“ und dem „Rest der Welt“ zu regeln, damit ein nachhaltiger Friedensprozess möglich wird? Und wie lässt sich der Kampf gegen den Terrorismus in diesen Prozess integrieren?

Das Buch erhält damit einen explizit normativen Charakter. Es sucht auf der Grundlage nüchterner Analyse nach Alternativen zu dem von den USA vorgegebenen Weg, ohne dabei die Augen vor den gewaltigen Möglichkeiten des amerikanischen Unilateralismus zu verschließen. Müller bietet deshalb zunächst eine Bestandsaufnahme der Strukturen internationaler Politik vor dem 11. September. Es folgt eine Betrachtung der Ursachen und Konsequenzen von religiösem Fundamentalismus und omnipräsenter terroristischer Bedrohung. Auf die Einführung theoretischer Konzepte wird weitgehend verzichtet, doch bilden die Diskussion der populären Entstaatlichungsthese und ein starkes Plädoyer für die neuerliche Beachtung des Staates als zentralem Akteur in diesem Prozess den Rahmen für die wichtigsten Kapitel des Buches: die Untersuchung der „militarisierten Hegemonie“ Amerikas und der von einigen europäischen Staaten vertretenen weltordnungspolitischen Alternative mit

den Vereinten Nationen im Zentrum sowie schließlich der Blick auf die politischen Vasallen, Rivalen und Gegner Amerikas.

Auch die „Zivilmacht“ Deutschland kommt hier nicht zu kurz. In Deutschland, so Müller, wurden während des Einsatzes in Afghanistan kaum die richtigen Fragen gestellt. Erst im Vorfeld der Intervention der USA in Irak wurden in der Außenpolitik die längst fälligen Korrekturen vorgenommen und dem großen Bruder jenseits des Atlantiks die Gefolgschaft versagt. Die Untersuchung schließt mit einem ernüchternden Blick auf die Überlegenheit der Vereinigten Staaten und die Untauglichkeit der Bush-Doktrin. Müller verweist stattdessen auf die Rolle der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Konfliktbefriedung als Prämisse für die Aussöhnung zwischen westlicher und islamischer Welt.

Insgesamt ist dies ein ungemein interessantes und informatives Buch, das auf Grund seiner guten Lesbarkeit auch außerhalb akademischer Kreise auf Interesse stoßen sollte. Es ist kein Buch über Außenpolitik, sondern über die Struktur des internationalen Systems im neuen Jahrhundert. Der Leser erfährt hier wenig über die Position Asiens, Afrikas, Lateinamerikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens in dieser von den USA dominierten Ordnung; der Fokus liegt eindeutig auf Washington. China, Indien und auch der treueste Partner der USA in Ostasien, Japan, hätten mehr Aufmerksamkeit verdient. Möglicherweise ist die Zeit vorbei, in denen Europa und die transatlan-

tische Achse in den Planungsstäben des Pentagons noch die vorrangige Aufmerksamkeit zukam. Künftig werden die wichtigsten Konflikte außerhalb Europas auftreten, und die von den USA angestrebte „Koalition der Willigen“ wird auf anderen Kontinenten zu formieren sein.

## Kriege neuen Typs

HENNING SCHRÖDER

Matthew Evangelista, *The Chechen War. Will Russia Go the Way of the Soviet Union?*, Washington, D.C.: The Brookings Institution Press 2002, 244 S., 19,95 \$.

Kemal Kurspahic, *Prime Time Crime. Balkan Media in War and Peace*, Washington, D.C.: United States Institute of Peace Press 2003, 261 S., 19,90 \$.

Henryk J. Sokalski, *An Ounce of Prevention. Macedonia and the UN Experience in Preventive Diplomacy*, Washington, D.C.: United States Institute of Peace Press 2003, 306 S., 17,50 \$.

Der Krieg zwischen Staaten wird in der Gegenwart zunehmend durch einen neuen Typ von Krieg abgelöst, in dem konkurrierende ethnische oder soziale Gruppen angesichts versagender Staatlichkeit um Ressourcen kämpfen. Und selbst nach dem Sieg der einen oder anderen Seite schwellt der Konflikt in terroristischer oder krimineller Form weiter. Die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, in Liberia, aber auch die beiden Kriege in Tschetschenien sind Beispiele der neuen Form von Kriegen. Bei der Analyse dieser Konfliktform hilft das traditionelle Instrumentarium des Faches „Internationale Beziehungen“ nur partiell weiter. Erfolg verspricht eher ein

regionalwissenschaftlicher Ansatz, der die sozialen, ethnischen und kulturellen Rahmenbedingungen untersucht, Akteure identifiziert und ihre Motive studiert. Dazu gehört die Analyse des Verhaltens von Elitegruppen, die Konflikte mitunter bewusst schüren und die sich über ethnische oder nationale Mythen definieren. Nur unter Einbeziehung solcher Faktoren kann man erörtern, wie die internationale Gemeinschaft solche Kriege neuen Typs eindämmen oder gar verhindern kann.

Zu den Kriegen in Tschetschenien hat Matthew *Evangelista* jetzt eine Untersuchung vorgelegt, die die Geschichte dieses Konflikts nachzeichnet und ihn in seinen Konsequenzen für das politische Leben in Tschetschenien und Russland darstellt. Dem Autor geht es darum, herauszuarbeiten, wer die politische Verantwortung für die Zuspitzung der Gegensätze in den neunziger Jahren und die verbrecherische Kriegführung in der Gegenwart trägt. So lässt *Evangelista* die historische Dimension – die russisch-tschetschenische Gegnerschaft im 19. und 20. Jahrhundert – beiseite und konzentriert sich auf die Genese des Konflikts nach 1991. Er interpretiert sie als Teil der Neuordnung der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie in Russland, die nach dem Zerfall der UdSSR einen „asymmetrischen Föderalismus“ hervorbrachte, durch den sich die Russische Föderation eigentlich als Staat konstituierte. Doch anders als in den Fällen Tatarstan und Baschkortostan gelang es in Tschetschenien nicht, die sich formierende ethnische und nationale Identität in

einen rechtlich gesicherten Verhandlungsprozess einzubinden. Der Autor beschreibt, wie die Führung in Moskau unter Boris *Jelzin* angesichts langwieriger Gespräche und einer wachsenden Militanz auf Seiten der tschetschenischen Führung die Geduld verlor und auf das militärische Instrument setzte. Der Versuch, die Region gewaltsam in die Russische Föderation zurückzuholen, führte zwischen 1994 und 1996 zu einem ersten blutigen Krieg. Die Chance für eine politische Lösung, die der Waffenstillstand von Khasavyurt 1996 schuf, wurde in den Jahren 1997 und 1998 verspielt, denn statt die neu gewählte tschetschenische Regierung zu stärken und einen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Gang zu bringen, wandte sich Moskau von der Region ab. Hilfgelder verschwanden in einem Sumpf russisch-tschetschenischer Korruption, die Ansätze zu einer tschetschenischen Staatlichkeit erodierten.

Den Zerfall der Ordnung, das Anwachsen der Kriminalität und das Auftreten paramilitärischer Gruppen, die von der gewählten tschetschenischen Regierung nicht mehr kontrolliert wurden, nahm die Führung unter Präsident Wladimir *Putin* im September 1999 zum Anlass, erneut militärisch vorzugehen. Damit steuerte *Putin*, der eine politische Lösung explizit ausschloss, Russland in einen langwierigen Kolonialkrieg, dessen Ende gegenwärtig nicht absehbar ist. *Evangelista* macht deutlich, wie verzerrte Wahrnehmungen und Machtinteressen der Akteure dazu beitragen, dass der Konflikt eskaliert. Und er zeigt, dass es in Tschetschenien nicht

um „internationalen Terrorismus“ geht, sondern um einen historisch gewachsenen, regional begrenzten, mit nationalistischen Vorurteilen aufgeladenen Konflikt, der zu einem Krieg eskaliert ist.

Auch die Studie über die Rolle der Medien im jugoslawischen Bürgerkrieg, die Kemal *Kurspahic* vorgelegt hat, stellt die spezifischen regionalen Ursachen des Konflikts in den Mittelpunkt. Der Autor, von 1988 bis 1994 Chefredakteur einer Tageszeitung in Sarajewo, beschreibt im Detail, wie Presse, Funk und Fernsehen von den nationalistischen Regierungen Kroatiens, Serbiens und Bosniens gefügig gemacht und dazu benutzt wurden, die eigene Bevölkerung zu manipulieren und gegen andere ethnische Gruppen aufzubringen.

*Kurspahic* gliedert seine Darstellung in sieben Abschnitte. Der erste beschreibt die Ausgangslage – die jugoslawische Medienlandschaft in der Tito-Ära, in der die Journalisten trotz Parteikontrolle zeitweise durchaus größere Freiheit genossen als in Staaten, die direkt unter sowjetischem Einfluss standen. Der zweite Abschnitt beschreibt die Entwicklung in Serbien nach der Machtübernahme durch Slobodan *Milošević*, als die neue Führung die nationalistische Indoktrination verstärkte und bewusst ethnische Feindbilder verbreitete. Nach der Auflösung des jugoslawischen Staatsverbands und dem Beginn des Bürgerkriegs zwischen der serbischen und der kroatischen Bevölkerungsgruppe schüren – das behandelt das dritte Kapitel – die Medien bewusst den gegenseitigen Hass. Die nationa-

listische Radikalisierung der bosnischen Medien und ihre verhängnisvolle Rolle in den gewalttätigen Auseinandersetzungen um Sarajewo werden ausführlich im nächsten Abschnitt behandelt. Das fünfte Kapitel geht auf die Entwicklungen nach dem Dayton-Abkommen ein und thematisiert das Versagen der „internationalen Medien-Intervention“, das sechste den beginnenden Wandel der Medienpolitik nach der Ablösung von Franjo *Tudjman* in Kroatien und *Milošević* in Serbien. Das Schlusskapitel formuliert Empfehlungen für eine internationale Medienpolitik in interethnischen Konflikten. Diese Darstellung des Medienverhaltens im jugoslawischen Bürgerkrieg eröffnet einen Blick auf die Innenwelt des Krieges und macht seine Mechanismen deutlich; sie ist weit mehr als ein Buch über Pressepolitik – sie ist eine Analyse von Öffentlichkeit in einem interethnischen Konflikt.

Im Gegensatz zu der Studie von *Kurspahic*, die eine Innenansicht des Balkan-Konflikts gibt, präsentiert das Buch von Henryk J. *Sokalski* den Blick von außen. Der Verfasser, ein polnischer UN-Diplomat, war von 1995 bis 1998 Special Representative des Generalsekretärs und leitete die UN Preventive Deployment Force (UNPREDEP), in Mazedonien. Die Geschichte dieses Einsatzes, bei dem die UN erstmals präventiv Truppen entsandte, um den Ausbruch von Kämpfen im Vorfeld zu verhindern, beschreibt *Sokalski* in diesem Band. Der Autor leitet seine Studie mit einer Darstellung des Instrumentariums ein, über das die Vereinten Nationen

zur Friedenswahrung verfügen. Daran schließt er einen knappen Überblick über die Geschichte des „Balkans“ – er benutzt diesen mit Vorurteilen aufgeladenen Begriff offenbar durchaus bewusst – und die Herausbildung einer mazedonischen Staatlichkeit an, um dann näher auf die innenpolitische Situation nach der Staatsgründung einzugehen.

Sodann wendet *Sokalski* sich der eigentlichen Mission zu – der präventiven Intervention. Er skizziert den Auftrag von UNPREDEP, die verfügbaren Kräfte, die Kommandostrukturen und die politisch-diplomatische Flankierung des Friedenseinsatzes. Einen Aspekt hebt er besonders hervor, den er die „menschliche Dimension“ nennt, d.h. all jene Aktivitäten, die einen Weg zur Zivilgesellschaft öffnen sollen, beispielsweise Hilfsmaßnahmen im Bildungsbereich, bei der Kriminalitätsbekämpfung oder bei der Einübung gewaltlosen Konfliktlösungsverhaltens. *Sokalskis* Schilderungen vermitteln einen plastischen Eindruck von der Arbeit der UN-Mission, die in einer ständigen Spannung steht zwischen einerseits den Anforderungen der UN, die von der bürokratischen Realität einer großen internationalen Behörde ebenso diktiert werden wie von dem Zwang, Maßnahmen international abzustimmen, und andererseits der sozialen und politischen Wirklichkeit im Einsatzgebiet. Insofern ist seine Darstellung durchaus lehrreich, denn sie zeigt auch, was von internationalen Organisationen bei der Lösung regionaler Konflikte geleistet werden kann und wo sie scheitern müssen.

## Strategischer Weitblick

JÜRGEN TUREK

Wolfgang Schäuble, Scheitert der Westen?  
Deutschland und die neue Weltordnung,  
München: C. Bertelsmann Verlag 2003,  
272 S., 21,90 EUR.

Die politischen Entwicklungen zwischen dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001 haben zu kritischen Zuständen in den Staaten der westlichen Welt, aber auch zu neuem Zwist zwischen ihnen geführt. Angesichts der Krise des Sozialstaats, nicht nur in Deutschland, der Verstimmungen im transatlantischen Bündnis, der festgefahrenen Verhandlungen in der Europäischen Union und der neuen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus stellt sich für Viele prinzipiell die Frage nach der Zukunft der westlichen Welt. Dies gilt auch für den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der diese Frage mit der Frage nach dem Schicksal Deutschlands verknüpft.

An anderer Stelle werden die oft unsichtbaren Verkettungen von Globalisierung und nationalen Effekten allzu oft geflissentlich übersehen oder sie werden in ein zu optimistisches oder zu pessimistisches Bild gezwängt. Schäuble sieht hier weder schwarz noch rosarot. Nüchtern zeigt er das neue Paradigma auf: „Der Erfolg des Westens ist dann bedroht, wenn seine verschiedenen Teile es nicht schaffen, ihre eigenen nationalen Probleme zu lösen. Gelingt ihnen dies nicht, führen die Konsequenzen dieses Unvermögens auf globaler Ebene im Zweifel zu mehr Konflikten und Auseinandersetzungen“ (S.14). Das heißt für dieses

Land: Jede innenpolitische und wirtschaftliche Krise blockiert am Ende jede Möglichkeit außenpolitischer Gestaltung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Probleme in Deutschland und in der westlichen Welt zum Teil in einem anderen Licht.

Ein Plädoyer für Augenmaß und Vernunft und gleichermaßen für Leidenschaft und Mut ist dieses Buch geworden, mit dem der Autor versucht, eine ermutigende Vision für Deutschland und den Westen aufzuzeigen. Alle vor uns liegenden Probleme lassen sich für ihn im Kern durch eine Erneuerung konservativen Denkens und Handelns lösen. Dies schließt weit reichende Reformen in Deutschland aber nicht aus, sondern verknüpft Erneuern und Bewahren in anderer Manier. Konsequenter entwickelt Schäuble hierbei eine strategische Politik, die systematisch und rasch alle Probleme erfassen muss. Der Kern seiner Botschaft lautet, dass es nicht in erster Linie um einen technokratischen Umbau des Wohlfahrtsstaats in Deutschland geht, sondern darum, dass die Bundesrepublik sich vor allem neue Handlungsfähigkeit nach innen und außen erschließen muss.

Dieser Erkenntnis kann man sich heute angesichts der erkennbaren Erosion staatlicher Macht kaum noch verschließen, so wenig wie dem aufklärenden Blick, den Schäuble in staatstragender Intonation auf die gegenwärtige Lage der Nation lenkt. In manchen Details und bei einigen Schlussfolgerungen mag man ihm nicht folgen – doch klares Erkennen und strategischen Weitblick beweist sein Buch ohne jeden Zweifel.